Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,750.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 270. **Montag** den 27. September 1886. **80. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Einweihung der Neuen Börse.

Da Se. Majestät der König am 29. d. M. bereits Vormittags 10.54 hier eintreffen und sich voraussichtlich unmittelbar nach der Börse begeben wird, **sofort nach Eintritt Sr. Majestät** aber die Feier beginnen soll, so werden sowohl die Ehrengäste als die Inhaber einfacher Eintrittskarten hierdurch ergebenst ersucht, sich an dem bezeichneten Vormittage

spätestens 10½ Uhr

im Börsensaale einfinden zu wollen.

Ohne Karte ist der Zutritt weder in den Saal noch auf die Gallerien gestattet. Ebenso bleiben sowohl die Räume der Handelskammer als die Börsenhalle und das Börsen-Restaurant bis nach Beendigung der Feier geschlossen.

Leipzig, den 26. September 1886.

Die Handelskammer.

Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte 4 des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr einen **Steuer-Zuschlag von vier Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte 4 des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **30. September d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den [illegible] August 1886.

Der Vorsitzende der Handelskammer.

Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel, S.

Einladung zur Theilnahme an den Börsen-Versammlungen.

Die Neue Börse, welche mit dem 1. October d. J. eröffnet werden soll, bietet den Kaufleuten und Fabrikanten von Leipzig und dessen Vorstadtdörfern sowie den Landwirthen der Umgegend würdige und zweckmäßige Räume für den Geschäftsverkehr. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß davon ausgiebiger Gebrauch gemacht werde.

Der Zutritt zu den Börsen-Versammlungen ist an die Bedingung der Lösung einer **Eintrittskarte** geknüpft, welche von der Handelskammer ausgefertigt wird und auf den Namen der berechtigten Person lautet. Die Eintrittskarte wird in der Regel auf ein halbes Jahr ertheilt und es sind dafür jedesmal 7.50 ℳ zu entrichten. Wer das Recht zum Besuch der **Börsenhalle** (Lesezimmer u. s. w.) zu erlangen wünscht, hat dafür noch weitere 5 ℳ halbjährlich zu zahlen. Das erste Mal werden diese Gebühren auf die Zeit **vom 1. October 1886 bis 30. Juni 1887** mit dem anderthalbfachen Betrage erhoben; es sind daher

für die Eintrittskarte zur Börse auf den genannten Zeitraum 11.25 ℳ,

für die Eintrittskarte zur Börsenhalle 7.50 ℳ

zu entrichten. Zum einmaligen Besuch der Börse ist eine Eintrittskarte für 0.50 ℳ zu lösen.

Abgesehen von dem obigen Eintrittsgelde, wird zur Deckung des Bedarfs der Börse von denjenigen Firmen, deren Inhaber oder Vertreter die Börse regelmäßig besuchen und daselbst Geschäfte schließen, ein nach dem Umfang dieser Geschäfte abzustufender Jahresbeitrag erhoben; dies findet jedoch auf diejenigen Firmen, welche sich lediglich wegen des Waarengeschäfts im engeren Sinne an den Börsen-Versammlungen betheiligen, zunächst keine Anwendung.

Anmeldungen zur Ertheilung einer Eintrittskarte werden

an der Börse (zur Zeit am Reichsmarkt) und

auf der Canzlei der Handelskammer (Neue Börse, Treppe A)

entgegengenommen. Ebenda ist Näheres über die obigen Bestimmungen zu erfahren.

Leipzig, den 22. September 1886.

Die Handelskammer.

Dr. Wachsmuth, Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Die an den Böschungen des Abfallgrabens des Hochzeitswehres zwischen diesem und der hohen Brücke anstehenden Weidenpflanzungen sollen

Montag, den 27. d. M. Nachmittags 5 Uhr

zu einmaligem Schnitt an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung und und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen verpachtet werden.

Zusammenkunft: Am Schreberstege bei der Schwimmanstalt.

Leipzig, den 20. September 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 3499. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Erledigt

hat sich die unterm 14. ds. erlassene Bekanntmachung, den Knaben Friedrich Otto Fritzsche von hier betreffend, durch dessen Aufgreifen.

Wolkmarsdorf, am 23. September 1886.

Der Gemeindevorstand.

Lehmann.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Sonnabend, den 2. October 1886, Abends 6 Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Registrande und Krankencassen-Angelegenheiten.
II. Bericht über den letzten Aerztetag.
III. Bericht des Standesausschusses über Vorlesung der Schiedsgerichtsordnung.
IV. Antrag an das Landesmedicinalcollegium bezüglich der Beschäftigung von Curpfuschern bei Krankencassen.

Leipzig, den 27. September 1886. Dr. Neubert.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 27. September 1886.

* Die Eröffnung der ordentlichen Reichstagssession wird in officiösen Correspondenzen für das letzte Drittel des November in Aussicht gestellt. Bevor endgiltig darüber Beschluß gefaßt wird, dürfte es sich empfehlen, nochmals zu erwägen, ob sich die Einberufung nicht etwas früher, vielleicht schon zu Anfang November, ermöglichen läßt. Der Reichstag wird eine sehr arbeitsreiche Session vor sich haben, und wenn die parlamentarische Zeit erst so kurz vor Weihnachten beginnt, werden nach Neujahr Reichstag und preußischer Landtag wieder arg ins Gedränge gerathen und bis tief in den Sommer hinein zu sitzen haben. Ein zwingender Grund, die Reichstagssession erst so spät im Jahr beginnen zu lassen, ist nicht ersichtlich. Wenn auch der Etat nicht früher fertig sein sollte, so kann es doch nicht an anderen Arbeiten fehlen. — Zur parlamentarischen Lage wird noch officiös geschrieben:

In der Presse findet man bereits Andeutungen darüber, welche Vorlagen dem preußischen Landtage zugehen sollen. Betrachtungen dieser Art dürften indessen verfrüht sein. Wenigstens wird man gut thun, diese im Wesentlichen auf die Verlegung des Etats und der Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland hinauslaufenden positiven Angaben nicht als eine abschließende Mittheilung über die Aufgaben der Landtagssession anzusehen. Wenn man selbst von den politischen Aufgaben ersten Ranges, welche, wie der Abschluß der Staatskirchengesetzgebung, die Wahrung des Deutschthums gegen Polonisirung u. s. w., im Flusse sind, absieht, so ergiebt ein kurzer Rückblick über Das, was über gesetzgeberische Vorbereitungen bereits in die Oeffentlichkeit gelangt ist, mit mehr als Wahrscheinlichkeit, daß den gesetzgebenden Körperschaften Preußens eine Anzahl weiterer Vorlagen zugehen werden. Bei Berathung des von dem Abgeordneten Seer eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die für den Verkehr auf Kunststraßen vorgeschriebenen Radfelgenbreite wurde von der Vertretung der Regierung erklärt, daß eine generelle Revision dieser Materie eingeleitet und dem Abschluß nahe sei. Dem Staatsrathe ist ein Gesetzentwurf vorgelegt gewesen, durch welchen eine Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane bei Neuanforderungen für Schulzwecke vorgesehen werden sollte. Der Provinziallandtag für Hessen-Nassau hat sich über eine Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Kassel und einen Gesetzentwurf, betreffend die Kosten der Consolidationen in Wiesbaden gutachtlich geäußert. Dieser Landtag, sowie der Provinziallandtag von Sachsen haben die Uebertragung der in Hannover und dem Regierungsbezirk Kassel bestehenden Gesetzgebung über die Heranziehung von industriellen Etablissements zu Provinzialleistungen für Wegezwecke auf die Provinz Sachsen, bez. den Regierungsbezirk Wiesbaden beantragt. Endlich ist, trotz der Länge der letzten Session, in derselben Einiges, darunter wiederum der Gesetzentwurf über die rheinischen Cantonsgefängnisse, liegen geblieben, was in der nächsten Session nachzuholen ist. Man erkennt schon aus dieser kleinen, noch keineswegs erschöpfenden Blumenlese, daß es an Berathungsmaterial nicht fehlen wird.

* In der deutschfreisinnigen und der ultramontanen Presse, unter Anderen in der „Germania“, war in der jüngsten Zeit von Neuem die Behauptung aufgestellt worden, der Reichskanzler habe der Entmündigung des verstorbenen Königs Ludwig von Bayern erst dann zugestimmt, als die Beibehaltung des Ministeriums Lutz gesichert war. Mit Bezug darauf ist der „Germania“ folgende bereits telegraphisch signalisirte Berichtigung zugegangen:

Berlin, den 25. September 1886.

Die „Germania“ enthält in ihrer Nummer vom 21. d. M. einen Artikel, in welchem mitgetheilt wird, daß die Entmündigung des Königs Ludwig von Bayern schon früher erfolgt sein würde, wenn nicht der Reichskanzler entschieden diesem Plane widersprochen hätte. „Er habe in die Einsetzung einer Regentschaft gewilligt, nachdem die Garantien geboten waren, daß eine Aenderung in der Haltung der bayerischen Regierung dadurch nicht erfolgen würde.“

Diese Nachricht entbehrt jeder thatsächlichen Unterlage und beruht auf Erfindung, wie schon daraus hervorgeht, daß von einer „Einwilligung“ des Reichskanzlers in einer ausschließlich inneren Angelegenheit Bayerns gar nicht die Rede sein kann.

Auf Grund des §. 11 des Preßgesetzes für das deutsche Reich vom 7. Mai 1874 ersuche ich die Redaction der „Germania“, die vorstehende Berichtigung in ihre Zeitung aufzunehmen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
v. Boetticher.

* Das „Berliner Tageblatt“ begrüßt mit Genugthuung eine von der „Freisinnigen Zeitung“ abgegebene Versicherung, daß Herr Eugen Richter und seine Partei im Reichstage auf die bulgarische Angelegenheit zurückkommen werden. „Hoffentlich macht die Opposition ihre Zusage auch wahr — bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — und bringt die auswärtige Politik des Reiches in der nächsten ordentlichen Session zur Sprache. Voraussichtlich wird den Interpellanten alsdann eine viel weitergehende Information gegeben werden, als es jetzt möglich gewesen wäre, über die gegenwärtig noch schwebende Frage zu ertheilen.“

* Auf dem im October 1883 in Rom stattgehabten internationalen geodätischen Congresse wurde nach eingehenden Berathungen über die Fixirung eines einzigen Meridians und die Einführung der internationalen Zeitberechnung beschlossen, zum Anfangs-Meridian denjenigen von Greenwich zu wählen und von hier aus die Längen nur in der Richtung von West nach Ost zu zählen, sowie im Hinblick auf gewisse Bedürfnisse der Wissenschaft und auf den Dienst der großen Verkehrsverwaltungen, wie der Eisenbahnen, Dampferlinien, Posten und Telegraphen eine Universalzeit zu adoptiren, neben der letzteren aber im bürgerlichen Leben auch ferner die localen oder nationalen Zeiten in Anwendung zu lassen. Diese Anregung führte dahin, daß im October 1884 auf Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Washington eine internationale Meridian-Conferenz stattfand, auf welcher auch die deutsche Reichsregierung vertreten war. Auf dieser Conferenz sprach man sich ebenfalls für Einführung eines einzigen Ausgangs-Meridians für alle Nationen aus und empfahl, nur gegen den Widerspruch von St. Domingo und mit Stimmenthaltung Frankreichs, als ersten Meridian allgemein denjenigen der Sternwarte zu Greenwich anzunehmen und von diesem Ausgangs-Meridian die Längen in zwei Richtungen bis zu 180 Grad zu zählen, und zwar die östlichen Längen mit dem Vorzeichen plus, die westlichen mit dem Vorzeichen minus. Auch empfahl die Conferenz die Annahme eines Welttages für alle Zwecke, bei denen seine Einführung als geeignet befunden werden mag, ohne indessen den Gebrauch einer Ortszeit oder sonstigen Einheitszeit da, wo solche wünschenswerth ist, auszuschließen. Inzwischen sind nun die betheiligten Regierungen der Frage der Organisation einer internationalen Erdmessung näher getreten. Es wird zunächst beabsichtigt, in Berlin ein ständiges Centralbureau zu errichten und eine permanente Commission einzusetzen. Am 20. October d. J. wird in Berlin die Generalconferenz der europäischen Gradmessung zusammentreten, um über die Art und Weise der in Aussicht genommenen Einrichtungen zu beschließen. An die Einführung einer Weltzeit ist vorläufig noch nicht zu denken, da diese Frage noch nicht spruchreif ist und einer weiteren Klärung durch geeignete Berathungen und Belehrungen bedarf. Die vor einiger Zeit bei uns zu Tage getretenen Bestrebungen auf Einführung einer Normalzeit in Deutschland begegneten namentlich in den gewerblichen und Handelskreisen lebhaften Bedenken, die auch in einer an den Reichskanzler gerichteten Eingabe Ausdruck fanden. Die letztere enthielt die Bitte um „unbedingte Aufrechterhaltung aller natürlichen Ortszeiten im bürgerlichen Leben, daneben aber die vollste und umfassendste Unification derjenigen Zeitangaben im inneren Dienste des Verkehrswesens, welche von dem Einflusse der Verschiedenheiten der Ortslage und von den Ortsveränderungen unabhängig gehalten werden müssen.“

* **Aus Meiningen** wird uns vom 25. September geschrieben: Das deutschfreisinnige Consortium Richter, Parisius & Co. scheint die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß bei den nächsten Reichstagswahlen auf eine Wiederwahl von L. Parisius im II. weimarischen Wahlkreise (Eisenach) nicht zu rechnen ist. Dasselbe hat deshalb in Betracht gezogen, für Parisius einen Sitz zum Reichstag in Berlin zu gewinnen, weshalb sich dieselben mit dem Gedanken tragen, Parisius an Stelle des verstorbenen R.-Abg. Löwe zur Nachwahl in Vorschlag zu bringen. Für den Fall der Verwirklichung dieses Planes würde Parisius, vorausgesetzt, daß er reussirte, sein Mandat für den Eisenacher Wahlkreis niederlegen. Wie wir vernehmen, hat sich die am 18. d. M. in Salzungen tagende Vertrauensmänner-Versammlung der deutschfreisinnigen Partei des gedachten Wahlkreises mit der Besprechung dieser Eventualität beschäftigt und zugleich die Candidatenfrage für eine Ersatzwahl in Erwägung gezogen. Von einem Berliner Berufs-Parlamentarier scheint man diesmal nach den gemachten Erfahrungen absehen zu wollen.

* Die „Augsburger Abend-Zeitung“ widmet dem Prinz-Regenten von Bayern gelegentlich seines Besuches in Augsburg u. A. folgende begrüßende Worte: „Wie fest auch die Liebe eines Volkes sei zu seinem angestammten Herrscher, es liegt in der Natur des Menschen begründet, daß er den Gegenstand seiner Liebe und Verehrung auch schauen will von Angesicht, und es ist gut, wenn das ideale Verhältniß, das zwischen Fürst und Volk obwaltet, durch ein persönliches Näherireten Beider verinnerlicht, gestärkt und gekräftigt werde. Und so offenbart sich die Reise unseres Regenten durch das Land als ein Act hoher Herrscherweisheit, zugleich aber als die Befriedigung eines tiefen Herzensbedürfnisses des Regenten; denn indem er sich seinem treuen Volke zeigt, willfahrt er auch selbst seinem inneren Drange, des Landes Kinder zu sehen und in persönlichen Verkehr mit ihnen zu treten. Mit jener Energie, welche dem unerschütterlichen Pflichtgefühl entspringt, ergriff Prinz Luitpold die Zügel der Regierung, als jene Katastrophe, deren schmerzliches Echo noch in Aller Herzen nachklingt, über das Land hereinbrach. Ganz besonders aber sind die gut deutsch gesinnten Bayern, — und zu diesen zählt ja die Bürgerschaft Augsburgs in erster Linie — erfreut über die Gestaltung, die unsere Beziehungen zum Reiche unter der Regentschaft gewonnen haben. Mit sicherer Hand und unvergleichlichem Tacte hat Prinz Luitpold die bestehenden Verbindungen enger zu knüpfen, etwa vorhandene Unklarheiten und Trübungen zu beseitigen verstanden; unter seinem Regiment wird, deß dürfen wir gewiß sein, Bayern voll und ganz jene bedeutende und maßgebende Stellung im Reiche einnehmen, welche ihm sowohl die Reichsverfassung, als seine Eigenschaft als zweitgrößter Bundesstaat einräumen.“

* * *

* Obwohl in Mähren die czechische Bevölkerung den Deutschen numerisch viel stärker überlegen ist als in Böhmen, ist sie in Mähren doch in bedeutend höherem Grade bei ihrem Fortkommen auf die Kenntniß der deutschen Sprache angewiesen. In erster Linie hat das darin seinen Grund, daß der Besitz, insbesondere die Großindustrie, vornehmlich in Händen der Deutschen ist und daß in den Städten, wie auch in der Landesverwaltung das über das ganze Land verbreitete deutsche Element den Ton angiebt. Deshalb faßt auch die czechisch-nationale Agitation trotz der größten Anstrengungen der durch den Klerus unterstützten czechischen Fanatiker nur schwer in diesem Lande Fuß, ja die czechische Bevölkerung scheint gegenwärtig auf diese Bestrebungen ganz ernstlich zu reagiren. So haben die Einschreibungen zu Beginn dieses Schuljahres in Brünn, wo sich Deutsche und Czechen so ziemlich die Waage halten, die letzteren aber, als das weniger wohlhabende Element unstreitig mehr Kinder in die Volksschulen schicken, das bemerkenswerthe Resultat ergeben, daß 9000 Kinder in die deutschen und nur 1500 Kinder in die czechischen Volksschulen eingeschrieben wurden. In manchen mährischen Orten, wo seinerzeit die Errichtung czechischer Schulen als unabweisbares Bedürfniß bezeichnet und durchgesetzt wurde, meldete sich bei Beginn des heurigen Schuljahres auch nicht ein Kind zur Aufnahme in die czechische Schule; in der nicht unbedeutenden Stadt Wischau mußte die czechische Bürgerschule wegen mangelnder Frequenz geschlossen werden, welcher Grund wohl auch bei der durch das Unterrichtsministerium telegraphisch angeordneten Schließung des Communal-Gymnasiums in Freiberg vorlag. Und solches wird offenbar zu einer Zeit, da man im czechischen Lager mit Hochdruck die nationale Agitation betreibt und sich insbesondere die „Nationalisirung“ der Jugend angelegen sein läßt.

* Die schon erwähnte Interpellation des ungarischen Abgeordneten Graf Apponyi hat folgenden Wortlaut:

„Da sowohl unser nationales Interesse wie die Sicherheit der Großmachtstellung unserer Monarchie es ausschließt, daß in was immer für einem Theile der Balkanhalbinsel irgend einer Großmacht eine einseitige Ausbreitung der Machtsphäre gestattet werde, vielmehr mit Umgehung aller Eroberungsbestrebungen es erfordert, daß die Individualität und Unabhängigkeit der dortigen Staaten thatsächlich gewahrt werde, frage ich den Herrn Ministerpräsidenten: Ob er den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in dieser Richtung ausgeübt hat und auch gegenwärtig ausübt? und wenn ja, wie hält er die in Bulgarien entwickelten Zustände und die von Seiten unseres Auswärtigen Amtes denselben gegenüber eingenommene Haltung mit den Erfordernissen dieser Richtung für vereinbar? Hält er es insbesondere mit dieser Richtung vereinbar, daß der einseitige Widerstand Rußlands den bulgarischen Fürsten gegen den Willen seines Volkes zur Abdication zwingen konnte; daß Rußland zur Regelung der Angelegenheiten Bulgariens einen Specialcommissär entsenden und thatsächlich in die inneren Angelegenheiten dieses Landes, ja selbst in die Justizpflege sich einmengen könne; daß ferner unser Auswärtiges Amt, nicht genug der Duldung von alle dem, durch die im Interesse der Urheber des August-Attentates unternommenen Schritte thatsächlich beitrage, die Regierung des Fürsten Alexander unmöglich zu machen? Da wir jedoch wahrnehmen, daß die Diplomatie des deutschen Reiches in jedem einzelnen Stadium der Entwicklung der Ereignisse jene Bestrebungen Rußlands unterstützt, durch welche es die Herrschaft über Bulgarien an sich zu reißen sucht, welche Bestrebungen aber im Gegensatze zu den Interessen unserer Monarchie stehen, frage ich: Welche Aenderung und aus welchen Ursachen ist eine solche in jenem mit dem deutschen Reiche bestehenden freundschaftlichen, intimen, ja Allianzverhältnisse eingetreten, welches seit Jahren als die Basis unserer auswärtigen Politik hingestellt und von der öffentlichen Meinung sowohl in Ungarn, wie in Oesterreich in der Voraussetzung gebilligt wird, daß es die Garantie der Großmachtstellung unserer Monarchie vermehrt und die naturgemäßen Ziele unserer Politik unterstützt?“

* **In Belgien** soll bekanntlich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Hervorzuheben aus dem Gesetze ist noch besonders, daß dasselbe eine zehnjährige Dienstpflicht, wovon 3 Jahre activ, feststellt. Jeder Nichtdienende hat eine nach dem Vermögen seiner Eltern respective seinem Vermögen festgestellte mäßige Wehrsteuer zehn Jahre hindurch zu entrichten. Sie beträgt in den ersten 3 Jahren ein Procent aller von dem Vater des Betreffenden zu zahlenden Abgaben, in den sieben folgenden Jahren ein halbes Procent. Auf die Aufnahme dieser Bestimmung in den Kammern darf man gespannt sein.

* **Die französische Regierung hat es durchgesetzt**, daß der Papst vorläufig keinen Nuntius nach Peking schickt, damit ist aber die Angelegenheit nicht einmal vertagt, sondern sie wird in anderer Weise an der Tagesordnung bleiben. Das Schutzrecht Frankreichs über die katholischen Christen in China ist von keiner dort vertretenen Macht anerkannt. Deutschland ist sogar, wie es heißt, vor Kurzem demselben entschieden entgegengetreten, indem es darauf gedrungen hat, daß die deutschen katholischen Missionen ihre bisherigen französischen mit deutschen Pässen vertauschten. Die anderen Mächte werden dasselbe thun, um so mehr, als die Missionen den französischen Schutz eher für schädlich als für nützlich halten. Wenn die Missionen unter dem Schutze verschiedener Mächte stehen, wird für sie ein gemeinsamer Mittelpunct, eine gemeinsame Vertretung bei der chinesischen Regierung um so nothwendiger sein. Dieselbe kann nur durch eine Nuntiatur bewirkt werden. Der jetzige Erfolg der französischen Regierung hat daher mehr Bedeutung für die innere als für die auswärtige Politik. Er bestätigt, daß man den Anträgen auf Trennung von Kirche und Staat und Streichung des Cultusbudgets entschieden entgegentreten will.

* Ueber die neuen Schießversuche in La Fère melden französische Blätter: „Die 4. Batterie des 2. Festungs-Artillerie-Bataillons schoß auf eine Entfernung von 3 Kilometern auf die Festungswerke von Malmaison vermittelst eines neuen Geschützes (Modell 220), das mit einer Granate von 1 Meter Länge, 22 Centimeter Umfang und einem Gewicht von 110 Kilogramm geladen war. Die Granate ist mit einer kürzlich entdeckten chemischen Mischung gefüllt, ihre Wirkung ist furchtbar. Das Geschoß geht durch stählerne Platten von 20 Centimeter Dicke hindurch, und die festesten Mauern werden mit einigen Schüssen zerstört. Zum Senkfeuer bestimmt, hat es an einem Ende eine lange und starke stählerne Spitze, welche wie ein Nagel in einen Balken in die Mauer eindringt und zugleich die mit Eisenstücken gefüllte Granate zum Platzen bringt. Vor Kurzem war eine solche Bombe in einen Erdwall eingedrungen und zerplatzte im Innern, ohne daß an der Außenseite eine Zerstörung zu sehen gewesen wäre. Nach dem Schuß sollte die Wirkung photographisch festgestellt werden, der commandirende Genie-Major befahl zu dem Zweck, die Erde fortzuräumen. Zwei Sappeurs machten sich an die Arbeit, brachen aber nach einigen Schaufelstichen ein und wurden unter der nachstürzenden Erde begraben, denn das Geschoß hatte ein Loch ausgehöhlt, welches 2 Meter im Durchmesser hatte. Ein dicker Rauch drang zugleich aus der Oeffnung hervor und erstickte die beiden Soldaten. Ein Feldwebel, welcher hinabstieg, um sie zu retten, fand ebenfalls den Tod durch Ersticken. Um die drei Leichen heraufzuholen, ließ man sodann mehrere Soldaten an Stricken hinunter; einige mußten aber sofort wieder heraufgezogen werden und wurden so krank, daß man sie nach dem Lazareth senden mußte.“

* Ueber die spanische Militairrevolte berichtet die „Nationalzeitung“ aus Madrid, 21. September:

Wieder hat Sagasta sich überrumpeln lassen, wie damals durch das Pronunciamento von Sagunt und vor drei Jahren in Badajoz. Verwegener als diese beiden war das neueste Pronunciamento, welches die Regierung völlig unvorbereitet antraf. Man denke sich: Seit Monaten werden die Truppen der Hauptstadt aufgewühlt und Sagasta weiß nichts davon, daß mehrere Regimenter sich auf den Abend vom 19. zur Empörung verständigt haben. Endlich beginnen um 10 Uhr Abends am festgesetzten Tage in der San-Gil-Kaserne die Vorbereitungen zum Ausmarsche, wobei es in derselben zum Gewehrfeuer zwischen den Empörern und einem Theile der treubleibenden Truppen kommt, und erst um 11½ Uhr erfährt von allem der Generalcapitain Pavia, und dieser ist erst um 1½ Uhr mit seinen Truppen auf dem Platze, um die Meuterer zu bestrafen. Ein scandalöserer Saumseligkeit ist nicht denkbar. Und dann, als Pavia mit vier Regimentern und sechs Batterien den Aufständischen bei der Station Atocha im Südwesten der Stadt gegenübersteht, kommt es zuerst zu einem Scharmützel, in welchem einige verwundet werden. Der tapfere Held vom 3. Januar 1874 läßt jedoch der Dunkelheit wegen vom Kampfe ab, während die bloß etwa 800 Mann Infanterie und 80 Reiter zählenden Empörer ruhig einen Extrazug einrichten und das Weite suchen. 80 Soldaten fanden in den Waggons keinen Platz und ergaben sich am nächsten Morgen. Bevor der Extrazug mit den Meuterern das fünfzig Kilometer entfernte Alcala erreicht, erhält er auf seine telegraphische Anfrage vom Commandanten der dortigen Cavallerie die gefällige Weisung, sich nicht zu nähern, wenn er nicht von Kugeln begrüßt sein wolle. Da geht's also weiter zum Städtchen Vicalvaro und von dort nach Vallecas, wo es um 1 Uhr Nachmittags endlich zu einem Treffen mit den Regierungstruppen kommt. Doch auch ist das Häuflein Meuterer nicht besiegt, wieder steigen die Soldaten in in ihren Extrazug, wobei sie wieder 80 Soldaten zurücklassen, die sich ruhig ergeben, und setzen ihre Reise fort.

General Moreno de Villar, der die Regierungstruppen führt, scheint offenbar keine Eile zu haben. Mit Gewißheit läßt sich noch